

## Lebensarbeitszeitverlängerung oder lebenslang Arbeitsklave

Wie soll die Zukunft aussehen, geboren um zu arbeiten und um nach getaner Arbeit zu sterben, so dass war's dann wohl! Eine solche Betrachtungsweise ist geradezu lächerlich!

Wenn Politiker meinem, sie müssten bis zu ihrem Tode im Amt bleiben, so sei ihnen das vergönnt, denn sie müssen ja nicht arbeiten. Darum auch das hohe Lebensalter der Politiker. Dies trifft sicherlich auch noch auf viele andere zu, die auf Kosten der Allgemeinheit ein gutes und sattes Leben führen.

Die Perspektive eines Menschen muss eine Aussicht garantieren, auf einen Zeitraum in dem man sein Leben frei gestalten kann. Dies setzt voraus, nach einem 40jährigen Arbeitsleben ein Einkommen in Bezug auf Alterssicherung erreicht zu haben, indem ein Auskommen garantiert ist. Zusatzrenten oder andere zusätzliche Altersversicherungen sind überflüssig, da sie ohnehin nur die Zwei- und Dreiklassengesellschaft fördern oder in den Vordergrund stellen. Der Staat muss die Verpflichtung übernehmen, eine gesetzliche Altersrente zu garantieren. Nach 40 absolvierten Berufs- und Arbeitsjahren, die dem Einzelnen eine respektable Versorgung bis zu seinem Lebensende gewährleisten. Die Ansichten des Bundesfinanzministers sind die eines verhärmten und griesgrämigen Menschen zuzuordnen, der mit sich nichts mehr anzufangen weiß. Gerechtigkeit in Bezug auf Lebensarbeitszeit bedeutet auch, dass in speziellen Berufen, die nur eine kürzere Arbeitszeit zulassen, die Arbeitszeit durch andere Beschäftigungsaufnahmen zu verlängern, dies ist auch zumutbar. Ein Politiker der die Realität im Auge hat, wäre wohl erst einmal darauf gekommen, die vorhandenen Arbeitsplätze gerecht zu verteilen, besonders an die, die nach Jahren noch immer keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Das Einige wenige länger arbeiten sollen, damit andere weiter zu Haus sitzen, ist keine logischer Herangehensweise an die Problematik der Lebensarbeitszeit. Die Verbraucher benötigen Rechtssicherheit auch in dem Punkt der Höhe ihrer Altersbezüge. Dazu ist es erforderlich, dass alle gleichermaßen in die Rentenversicherung einzahlen. Hier müssen auch Arbeitgeber, Beamte, Selbstständige und alle herangezogen werden, die bisher nichts dazu beigetragen haben. Hierbei zählt auch eine Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Dienste, die den Verbraucher bisher erheblich mit Kosten belastet haben. Ein wesentlicher Gesichtspunkt wäre hierbei, von hinterzogenen Steuern, die notwendigen Sozialabgaben heraus zu rechnen und den entsprechenden Haushaltsbereichen zuzuleiten.

Ist die flexible Altersgrenze nach 40 Berufsjahren erreicht, also erhält der Arbeitnehmer seine ihm zustehende Altersrente, so kann er jetzt frei entscheiden ob er darüber hinaus noch zusätzlich eine Tätigkeit ausführen will und er würde dann selbstverständlich auch zusätzlich ein Arbeitsentgelt erhalten. Dies sichert dann einen erhöhten Lebensstandard für den Einzelnen. Es sollte in unserer Gesellschaft eine verbindliche, gemeinsame Lebensarbeitszeit geben, welche dem Einzelnen nach einem arbeitsintensiven Lebensabschnitt, den er für die Gesellschaft eingebracht hat, die Möglichkeit einräumt, sein Leben frei zu gestalten. In eine gesamt politische Überlegung wäre dann noch einzubeziehen, die Bürger die einer Tätigkeit nicht nachgehen können in ein soziales Grundeinkommen einzugliedern, ohne dass sie ständig von Behörden, JobCenter, reglementiert werden. Als Verbraucherschützer ruft unser Präsident die Verantwortlichen auf, alle in diesem Zusammenhang unsinnigen Überlegungen sofort einzustellen und den Bundesfinanzminister wieder auf den Boden der Realität zu holen, um eine gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Warum die Menschen in unserem Land länger arbeiten sollen und wovor die Verantwortlichen ANGST haben, hat sehr zutreffend der 1988 verstorbene deutsche Kabarettist Oliver Hassencamp in einem Zitat sinnvoll zum Ausdruck gebracht:

**?Die ersehnte Ruhe in der Freizeit hat ihre Tücken. Man könnte zum Nachdenken kommen.?**